

Resolution Unia-Kongress vom 4. / 5. Juni 2021

Gemeinsame Interessen der breiten Bevölkerung statt Rosinen-Pickerei

Die Schweiz muss zu einem sozialen Europa beitragen

Das institutionelle Rahmenabkommens ist gescheitert, weil neoliberale Kräfte in der EU und in der Schweiz das Wettbewerbsdogma des europäischen Binnenmarktes durchsetzen wollten. Diesen Angriff auf den Lohnschutz haben wir abgewehrt. Jetzt ist der Weg frei für einen echten Beitrag der Schweiz zu einem sozialen Europa.

Die Schweiz liegt im Herzen Europas. Ihre Zukunft ist unauflöslich mit derjenigen des ganzen Kontinents verbunden. Als internationalistische Gewerkschaft mit Mitgliedern aus über 150 Ländern strebt die Unia darum auch eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU an.

Paradigmenwechsel nötig

Als überzeugte Internationalist*innen haben wir uns in den letzten drei Jahren entschieden gegen den missratenen, von den freisinnigen Bundesräten Schneider-Amman und Cassis ausgehandelten Entwurf zu einem Rahmenabkommen mit der EU gewehrt. Sie wollten die «flankierenden Massnahmen» zum Schutz der Löhne auf dem Altar des freien Marktes opfern – zu Lasten der Arbeitnehmenden gleich welcher Herkunft. Das haben wir verhindert.

Aber wir haben nicht nur diesen neoliberalen Angriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen zurückgeschlagen. Wir haben ebenso den nationalkonservativen Angriff auf die Personenfreizügigkeit abgewehrt – an vorderster Front gegen die fremdenfeindliche Begrenzungsinitiative der SVP. Jetzt ist der Weg frei für einen echten Beitrag der Schweiz zu einem sozialen Europa.

Dazu braucht es einen politischen Paradigmenwechsel im Bundesrat. Statt Rosinenpickerei für partikulare Wirtschaftsinteressen zu betreiben, muss die Schweiz ein stabiles Verhältnis zur EU auf die gemeinsamen Interessen der breiten Bevölkerung bauen: Auf soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie eine mit starken Arbeitnehmendenrechte verbundene Bewegungsfreiheit. Dafür bieten wir Gewerkschaften Hand

Erstens: Die soziale Säule der Zusammenarbeit stärken

Die EU hat 2017 Grundsätze einer «Europäischen Säule sozialer Rechte» beschlossen und darauf aufbauend zukunftsweisende Gesetzesvorlagen ausgearbeitet. Die Schweiz muss jetzt als erstes ein starkes Signal für eine engere soziale Kooperation aussenden. Sie muss sich zu den Grundsätzen bekennen und vor allem die wesentlichen Bestimmungen der wichtigsten EU-Richtlinien nachvollziehen, welche ihnen Gestalt geben: Die Verbesserung der Mindeststandards bei Arbeitsverträgen, die Durchsetzung von Lohngleichheit, eine Elternzeit ergänzend zu Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub, Mitbestimmungsrechte in Unternehmen, Schutz bzw. Gleichbehandlung von atypischen Arbeitsverhältnissen (Leiharbeit etc.) sowie – sobald die entsprechenden Richtlinien beschlossen sind - die Förderung der GAV-Abdeckung und die Stärkung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht.

In welcher Weise sich die Schweiz den europäischen Normen annähert – ob im Rahmen eines Vertragswerkes oder in Form von «Swisslex»-Paketen wie schon in den 90er Jahren –

ist sekundär gegenüber ihrem Gehalt: Sie müssen dazu beitragen, die Rechte der Arbeitnehmenden und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Zweitens: Personenfreizügigkeit sozial absichern

Die Unia hat sich seit ihrer Gründung entschieden für eine mit starken Arbeitnehmerrechten verbundene Bewegungsfreiheit der Menschen eingesetzt. Wir wollen, dass die Schweiz die Personenfreizügigkeit stärkt und besser sozial absichert. Sie muss die Aufenthaltssicherheit, die soziale Sicherheit und Familiennachzugsrechte von EU-Bürgern in der Schweiz verbessern, namentlich für den Fall der Arbeitslosigkeit. Niemand darf wegen des Bezugs von berechtigten Sozialhilfeleistungen bestraft werden.

Drittens: Kooperation für mehr Steuergerechtigkeit

Soziale Sicherheit ist nur dann nachhaltig finanzierbar, wenn Menschen und Unternehmen tatsächlich gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Einige Schweizer Kantone betreiben seit Jahrzehnten einen Steuerwettbewerb mit immer tieferen Unternehmenssteuern und bieten sich als günstige Steuerhäfen für Steuerflüchtlinge und Briefkastenfirmen an. Damit muss endlich Schluss sein.

Die Schweiz muss von sich aus einen grossen Schritt auf die EU zugehen und eine enge Absprache der Steuerstandards anstreben. Wir fordern den Bundesrat auf, sich zu einem Mindeststeuersatz von 25% für die Besteuerung gewinnbringender Unternehmen zu bekennen, so wie dies der Europäische Gewerkschaftsbund für ganz Europa fordert. Die Schweiz soll sich darauf vorbereiten, einen entsprechenden, von der EU beschlossenen Standard zu übernehmen und zudem für die Besteuerung multinationaler Unternehmen dort, wo sie ihre Gewinne erzielen, eintreten.

Viertens: Institutionelle Zusammenarbeit und praktische Kooperation vertiefen

Ob mit oder ohne Rahmenabkommen: die Schweiz kann und muss die institutionelle Zusammenarbeit mit der EU vertiefen: Mit einem raschen Beitritt zur neuen «Europäischen Arbeitsbehörde» (ELA) und zur tripartiten «Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen» (Eurofound) kann sie auch einen praktischen Beitrag dazu leisten, dass die Arbeitsbedingungen grenzüberschreitend gesichert werden und Dumping verhindert wird.

Die praktische Kooperation mit Europa verbessern muss die Schweiz auch im Rahmen des Kohäsionsfonds und im Anschluss an den «EU Recovery plan» zum Wiederaufbau nach Corona. Zudem soll sie zukunftsweisende Initiativen der EU unterstützen bzw. übernehmen wie etwa die europäische «Jugendgarantie», welche allen Menschen unter 30 Jahren eine Beschäftigung, eine Weiterbildungsmassnahme, eine Lehrstelle oder einen Ausbildungsplatz sichern will.

Dursetzung des Lohnschutzes muss auf die Verhältnisse vor Ort abgestimmt sein

Darüber hinaus soll jedes Land das Recht behalten, weitergehende und für alle Arbeitnehmenden unabhängig von ihrer Herkunft geltende Mindeststandards für Arbeitsbedingungen und Löhne festzulegen und wirksame Kontrolldispositive, die der realen Situation vor Ort angepasst sind, zu ihrer Durchsetzung einzurichten. Nur so lässt sich die Nivellierung des Lohnschutzes und der Löhne nach unten verhindern.